



öffentlich

Betreff:
Initiative für Frieden

Einreicher: Fraktion AfD

Erstellungsdatum: 22.10.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
09.11.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gemeinsam mit Amtskollegen des Deutschen Städtetages auf Landes- und Bundesebene für Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine einzusetzen.

gez. Fraktionsvorsitzender Chaled-Uwe Said

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In vielen Städten und Gemeinden Brandenburgs und Deutschlands – so auch in Potsdam – machen sich die Bürger große Sorgen um das friedliche Zusammenleben in Europa und die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine - wie man an den fortgesetzten Montagsdemonstrationen sehen kann.

Die Bürger demonstrieren nicht nur hinsichtlich steigender Strom- und Heizkosten, der Preissteigerungen auf Grundnahrungsmittel oder wieder aufziehender Freiheitseinschränkungen aufgrund neuer Corona-Auflagen.

Sie sorgen sich angesichts des Kriegs in der Ukraine, um die fortgesetzte Kriegstreiberei auch deutscher Politiker und sind um den Frieden in Europa ernsthaft besorgt, zumal vielen Potsdamern Tod und Leid des 2. Weltkrieges noch sehr bewusst sind.

Eine ganze Reihe von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens spricht sich mittlerweile für Friedensverhandlungen aus.

Auch von Potsdam kann ein wichtiges Signal für eine friedliche Lösung des Ukraine-Krieges ausgehen, zumal hier die bedeutendste Nachkriegskonferenz der jüngeren deutschen Geschichte stattfand. Zudem sind dem Oberbürgermeister Initiativen oder Petitionen, die die Bundespolitik betreffen, nicht fremd.